



Medienkonferenz: Verteilungsanalyse des SGB, 15. November 2022

Löhne rauf! Die Arbeitnehmenden brauchen es.

Vania Alleva, Präsidentin Unia

Diesen Herbst bekommen die Arbeitnehmenden den Kaufkraftverlust mit voller Härte zu spüren. Die Teuerung ist so hoch wie seit Jahren nicht mehr, die Energiepreise und damit Heiz- und Wohnnebenkosten explodieren. Dazu kommt ein Prämienschok bei den Krankenkassen, der ab nächstem Januar grosse Löcher in viele Haushaltskassen reissen wird. Zum Leben bleibt immer weniger. Die UBS spricht vom grössten Reallohnverlust in der Schweiz seit 1942. Das war mitten im Zweiten Weltkrieg! Diese Entwicklung ist völlig verkehrt. Ein Lohn muss zum Leben reichen. Das ist nicht mehr garantiert. Deshalb braucht es Verbesserung bei den Mindestlöhnen: 4000 Franken x 13 ist das absolute Minimum, das in vielen Bereichen noch umgesetzt werden muss. Angesichts der Entwicklungen der letzten Jahre und der Teuerung braucht es 4500 Franken für Ungelernte und 5000 Franken für Arbeiter:innen mit Ausbildung.

Das Problem ist nicht neu, spitzt sich aber zu

Das Problem der ungenügenden Lohnentwicklung besteht schon länger: Die Lohnschere öffnet sich in den letzten Jahren wieder, denn die Löhne der Topverdiener steigen, während die mittleren und tiefen Löhne stagnieren. Obwohl die Produktivität ständig zunimmt, bekommen die Arbeitnehmenden seit Jahren keine Lohnerhöhung, die das auch abbildet. Konkret heisst das: Die arbeitenden Menschen erhalten immer weniger von dem Reichtum, den sie erarbeiten.

Es braucht höhere Löhne

Die aktuelle Krise und die hohe Teuerung treffen die Arbeitnehmenden umso härter, weil sie auf ein Jahrzehnt schleichender Entwertung der Arbeit folgen. Deshalb braucht es nun deutliche Verbesserungen. Deshalb haben wir für die laufende Lohnrunde gefordert, dass die volle Teuerung ausgeglichen und darüber hinaus die Löhne erhöht werden. 4 bis 5 Prozent mehr: Das ist es, was es braucht. Es geht um korrekte minimale Bedingungen für arbeitende Menschen. Stattdessen wollen bürgerliche Politiker:innen im Parlament sogar noch die bestehenden kantonalen Mindestlöhne, die sozialpolitische Massnahmen zur Armutsvermeidung sind, aushebeln!

Lohnrunde: Teuerungsausgleich ist das Mindeste

In der laufenden Lohnrunde konnten wir in einigen Branchen und Betrieben einen Ausgleich der Teuerung aushandeln, teilweise auch mehr. Beispiele sind das Gastgewerbe, die Reinigungsbranche in der Deutschschweiz sowie die Uhrenindustrie. Dort konnten wir für Zehntausende Beschäftigte einen Rückgang der Reallöhne verhindern. Doch viele andere Arbeitgeber und Arbeitgeberverbände wollen sich trotz gutem Geschäftsgang aus der Verantwortung stehlen. Im Detailhandel müssen viele Beschäftigte einen Lohnverlust hinnehmen. Die Verhandlungen bei Coop sind gescheitert, weil die Gewerkschaften nicht bereit sind, einer Kaufkraftsenkung zuzustimmen. Dasselbe Szenario gibt es auch in anderen Unternehmen. Sogar in gewissen Betrieben, wo im Gesamtarbeitsvertrag der volle Teuerungsausgleich verankert ist,

versuchen die Arbeitgeber, diesen zu verwehren. Die Beschäftigten werden dies nicht akzeptieren. Und die Baumeister machen bessere Löhne von massiven Verschlechterungen bei den Arbeitszeiten abhängig. Die Protesttage der Bauarbeiter in der ganzen Schweiz mit über 15'000 Teilnehmenden haben gezeigt, dass die Bauarbeiter und die Gewerkschaften das nicht hinnehmen.

Die Lohnfrage rückt ins Zentrum

Die Lohn- und Einkommensfrage rückt wieder in den Fokus, denn sie ist für die Arbeitnehmenden zentral. Es geht hier darum, ob man über die Runden kommt, ob man die Miete, die Heizkosten, die Krankenkassenprämien, den Zahnarzt, die Mobilität noch bezahlen kann. In welcher Welt leben die Arbeitgeber, die den lieben langen Tag über Fachkräftemangel jammern, aber von den Beschäftigten Lohnverzicht verlangen?

Wir wollen, dass es sich weiterhin lohnt, eine Lehre zu machen, sich ausbilden zu lassen, zu arbeiten. Aber dann muss der Lohn am Ende auch stimmen. Dafür setzen sich die Arbeitnehmenden und ihre Gewerkschaften in der laufenden Lohnrunde ein, und dafür werden wir auch in Zukunft kämpfen.